

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Die Illusion der Volksaktien

Das Spiel mit den sogenannten Volksaktien findet immer schärfere Kritik in der deutschen Presse. Als Beispiel zitieren wir einen Artikel von *Joachim Zabeck*, den der liberale *Kölner Stadt-Anzeiger* in seiner Nr. 157 vom 9. Juli 1965 veröffentlicht hat:

„Die Bonner Streiter für die Aktie des kleinen Mannes haben in den letzten Jahren manches Börsenscharmützel verloren. Über die Hälfte der Preußag-Aktien und etwa 40 vH der VW-Aktien befinden sich nicht mehr dort, wo sie eigentlich sein sollten — bei den Ersterwerbern.

Den VEBA-Aktien dürfte kaum ein anderes Schicksal beschieden sein. Die weitaus meisten Zeichner wollen die Papiere, wie Umfragen ergeben haben, so rasch wie möglich wieder loswerden — natürlich mit Gewinn, denn zur Wahlzeit, so glauben viele nicht zu Unrecht, soll ja etwas verschenkt werden.

Wo sind sie geblieben, die vielen Aktien, die mit ideologischem Eifer und kräftiger Unterstützung des Steuerzahlers unter das Volk gestreut wurden? Etwa auch bei einigen Großaktionären, die sich Hoffnungen darauf machen, daß einst die Stimmrechtsbeschränkungen aufgehoben werden?

In Bonn stellt sich offenbar niemand diese Frage. Frei von des Gedankens Blässe wird die VEBA-Aktion schon als überwältigender Erfolg gefeiert, und mit flinkem Griff in die Privatisierungskiste werden neue Projekte präsentiert.

Der Clou, dem die Alliierten allerdings vielleicht ihre Zustimmung versagen werden: *Krupp-Volksaktien*. Welch wundervolle Wortverbindung allein! Wie ließe sich deutlicher zeigen, worauf es den Vätern der Volksaktie ankommt. Sie soll helfen, den Kapitalismus traditioneller Prägung zu überwinden und zugleich seine moderne Abart in den breiten Massen verankern.

Zugegeben, die Idee ist auf den ersten Blick faszinierend. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, seit hundert Jahren Angelpunkt aller sozialen Auseinandersetzungen, wie könnte ihm leichter der Stachel genommen werden, als an die Stelle weniger großer viele kleine — Kapitalisten treten zu lassen?

Doch schon nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich sagen: Nicht Volkskapitalisten, sondern allenfalls Dividendenempfänger in miniature gibt es jetzt in reicher Zahl. Zum klassischen Privateigentum an den Produktionsmitteln gehört eben auch der Einfluß auf die Geschicke des Unternehmens. Dieser ist den Kleinaktionären aber schon wegen ihrer Zersplitterung verwehrt.

Ihnen kommt es denn auch in erster Linie auf den Gewinn an. Der aber ist im Verhältnis zu den Börsenkursen relativ bescheiden. Was liegt da näher, als den Sozialrabatt, in welcher Form er auch immer gewährt wird, früher oder später einzuheimsen? Die erhoffte Initialzündung blieb jedenfalls aus: Kaum ein Volksaktionär hat sich — was auch an der schlechten Börsenentwicklung gelegen haben mag — dazu animieren lassen, weitere Aktien auf dem freien Markt zu erwerben.

Auch „bessere Bürger“¹ sind die Volksaktionäre nicht geworden. Die Aufregungen um die VEBA-Aktien, das parlamentarische Hin und Her, hat manchen eher fragen lassen, ob noch alles mit rechten Dingen zugeht. Der kleine Mann kann sich umworben fühlen. Aber das nicht nur zur Wahlzeit? Wenn eine Regierung es nötig hat, Geschenke zu machen, dann kommt das dem Eingeständnis gleich, vorher wenig attraktive Politik gemacht zu haben.

Eignet sich die Aktie überhaupt als Instrument der Gesellschaftspolitik? Solange die weitaus meisten Bürger nur über Kapitalvermögen von wenigen hundert Mark verfügen, wohl kaum. Mit Volksaktien läßt sich wirkungsvoll weder eine bessere Verteilung der Vermögen noch der Einkommen erreichen. Darauf aber kommt es vor allem an.

Andererseits aber führen Volksaktien den kleinen Mann in Versuchung. Gibt es nicht genug andere Anlageformen, z. B. das gute alte Sparkonto, festverzinsliche Wertpapiere oder Investmentzertifikate, die für ihn weniger risikvoll sind und die Wirtschaft trotzdem mit Kapital versorgen?

Doch wenn es schon für nötig befunden wird, gerade die Aktie zu propagieren, warum klärt man dann nicht zunächst einmal die Leute besser über die Aktie auf? Hier sind noch bei weitem nicht alle Möglichkeiten erschöpft. Statt dessen soll nun die Ausgabe von Volksaktien privater Gesellschaften gefördert werden. Das könnte die Regierung in den Geruch bringen, deren handfeste geschäftliche Interessen zu Lasten der Konkurrenz zu unterstützen — mit den Geldern des Steuerzahlers.

Vor allem aber wurde bei der Reform des Aktienrechts manche Chance für eine Popularisierung der Aktie vergeben. Dem Aktionär ist es heute gewöhnlich kaum mehr möglich, sich über die Stimmabgabe in der Hauptversammlung Geltung zu verschaffen. Dann aber sollte man es ihm wenigstens erleichtern, dies durch den Verkauf seines Papiers an der Börse zu tun.

Dazu gehören weitergehende Publizitätsvorschriften, als sie das neue Aktiengesetz vorsieht. In den USA, wo die Aktiengesellschaften vierteljährlich berichten und die Gewinne wirklich offengelegt werden müssen, ist die Aktie weit verbreitet — auch ohne ge-

zielte Aktionen. Sollte das nicht auch bei uns zu erreichen sein?"

Bamberg und kein Ende

Unter diesem Titel hat Probst *Heinrich Grüber* im *Spandauer Volksblatt* Nr. 5805 vom 8. Juli 1965 einen Leitartikel veröffentlicht, den wir seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen auch unseren Lesern zugänglich machen wollen:

„Fast täglich bringen die Zeitungen Berichte über neue Schmierereien in Bamberg. Ebenso selbstverständlich sind die Reaktionen prominenter Männer und einfacher Leute in Leserbriefen: nazistische Schmierfinken, Geistesgestörte, Wirrköpfe, unerzogene Flegel, geltungsbedürftige Jugendliche — das sind die mildesten Urteile über die bisher unbekanntesten Täter. Außerdem lösen solche Geschehnisse eine Kettenreaktion von Schmierereien aus.

Daß wir solche Taten aufs schärfste verurteilen und eine strenge Bestrafung der Täter erwarten, sollte aber nicht unsere einzige Reaktion sein. Es bleibt die Frage, inwieweit die zur Schau gestellte Entrüstung hochgestellter Persönlichkeiten und des Mannes von der Straße nur gespielt ist, um sich mit großartigen Worten ein Alibi für die Vergangenheit zu verschaffen.

Es ist heute sehr einfach, Antisemitismus zu verurteilen. Aber wo waren diese Männer, als vor dreißig Jahren — im Gau eines *Streicher* — nicht nur Denkmäler umgestürzt und beschmiert wurden, sondern ehrbare Menschen diffamiert, verprügelt und verhaftet, Gotteshäuser in aller Öffentlichkeit angezündet und Geschäfte geplündert wurden? Damals wurde kein — noch so schüchterner — Protest laut von denen, die heute so lautstark reden! Damals wäre ein klein wenig Opposition viel nötiger gewesen.

Was tun wir heute, um den Ungeist bei den jungen Menschen nicht aufkommen zu lassen? Ein Großteil der Schulbücher, die diese jungen Menschen in die Hand bekommen, ist ja weithin sehr geeignet, den alten Ungeist zu verbreiten! Man hat die Giftpflanzen scheinbar beseitigt, indem man sie abgemäht hat; die Wurzeln sind geblieben, der vergiftete Boden auch. Es genügt nicht, giftiges Unkraut oberflächlich zu beseitigen — das weiß jeder Laubenbesitzer —, die Wurzeln müssen ausgerottet und der Boden entgiftet werden. Und das ist bisher bei uns nicht geschehen.

Die Eltern und Lehrer, die die Vergangenheit verdrängen möchten, tragen mit Schuld an den Untaten von Jugendlichen, die die Vergangenheit gar nicht erlebt haben. Ich glaube, man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Hälfte der Deutschen im Unterbewußtsein einen Antisemitismus mit sich trägt, der immerhin 13 Jahre auf sie hat einwirken können. Und aus solch einem Unterbewußt-

sein, in dem die verdrängte Vergangenheit nicht bereinigt ist, kommt der Antisemitismus immer wieder an die Oberfläche.

Bamberg bleibt, auch wenn die Schmiere-reien einmal beseitigt und die Täter bestraft sind, eine Stadt, die zur bewußten Besinnung und Umkehr aufrufen soll. Die jahrhundert-alte Schuld der Kirche, die Schuld des Anti-semitismus, hat ja hier einen steinernen und bleibenden Ausdruck gefunden.

Antijudaismus ist die Ablehnung des Ju-dentums als eine andere, das bedeutet für viele mindere Religion. Dieser Antisemitismus kam auf in einer Zeit, als das Machtdenken in der Kirche um sich griff und als man Proselyten um jeden Preis machen wollte. Der Anti-judaismus wurde damals nicht nur gepredigt und gepriesen, sondern auch noch von der Kirche belohnt. Dieser Antijudaismus, der ein Schandfleck für die christlichen Kirchen bleibt, hat am Portal des Bamberger Doms in glei-cher Weise wie am Straßburger Münster sei-nen sichtbaren Ausdruck gefunden: auf der einen Seite sehen wir die Synagoge, eine häß-liche Gestalt, und über ihr die Schrecken der Höllequalen für die Ungläubigen — und auf der anderen Seite die Kirche, eine strah-lende Figur, die die Heilsgaben anbietet, und darüber ein Abbild der ewigen Herrlichkeit, die die Gläubigen erwartet.

Es ist heute eine unserer großen Nöte, daß die Kirche bei allen guten Ansätzen, die wir zu verzeichnen haben — wir denken an die Arbeit des Evangelischen Kirchentages, an die Verhandlungen des Konzils in Rom —, noch nicht den alten Ungeist völlig überwunden hat.

Man soll die christlichen Antijudaisten ein-mal fragen, wo sie waren, als Millionen des-selben Stammes wie Jesus von Nazareth er-mordet wurden. Wir fragen alle, die jetzt so christlich entrüstet tun: Was habt ihr getan, als Millionen Juden deportiert und vergast wurden? Dieser Jesus von Nazareth, der auch unter die Nürnberger Gesetze fällt, hat auch an der Bogerschaukel gehangen, er ist auch auf der Rampe von Auschwitz selektiert worden.

Wie kann man in den Kirchen mit from-mem Augenaufschlag von einem Volk des Fluches reden und dabei nicht an das denken, was man als Glied des eigenen Volkes an Schuld auf sich geladen hat?! Wenn vor 2000 Jahren eine fanatisierte Menge sich unter dem Einfluß gewissenloser Demagogen zu Haßaus-brüchen hat verleiten lassen, so kann man das den Nachkommen heute nicht anlasten. Haben wir es nicht selbst erlebt, daß nicht nur Pöbel von der Straße, sondern führende Männer auf die Frage eines gewissenlosen Demagogen fanatisch geschrien haben: Ja, wir wollen den totalen Krieg! Wenn man diesem Volk nach zweitausend Jahren vorwerfen würde: ‚Ihr seid ein Volk des totalen Krieges‘, dann würden sich die Deutschen — wenn es dann

noch Deutsche geben sollte — das verbitten. Denn man ist ja schon heute beleidigt, wenn Völker, die zweimal eine deutsche Invasion erlebt haben, den Friedensbeteuerungen der deutschen Politiker nicht glauben.

Bei dem unerfreulichen Geschehen in Bam-berg soll man nicht nur auf Schmierer und Hetzer zeigen, sondern vielleicht doch ein-mal das ‚*mea culpa, mea maxima culpa*‘ sprechen. Unsere Sorge ist nicht ein unverant-wortliches Geschehen von Fanatikern und Wirrköpfen, sondern die Unbußfertigkeit un-seres Volkes, das die Vergangenheit verdrän-gen will, ohne aus ihr zu lernen."

Notstandsgesetze

Zum Stand der Notstandsgesetzgebung schreibt die Zeitschrift *Atomzeitalter* (Euro-päische Verlagsanstalt Frankfurt a. M.) in ihrer Nr. 6/7 (Juni/Juli 1965) folgendes:

„Die Erleichterung, daß die verfassungs-ändernde Notstandsgesetzgebung in letzter Stunde an der besseren Einsicht der Sozialdemokraten gescheitert ist, blieb von kurzer Dauer. Die schnelle und in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Verabschiedung meh-rerer ‚einfacher‘ Notstandsgesetze, zum Teil mit, zum Teil gegen die Stimmen der Oppo-sition, verspricht nichts Gutes für die Weiter-behandlung im nächsten Bundestag. (Wohin ist eigentlich auf einmal das von der SPD mit gutem Grund behauptete Junktim zwischen ‚einfachen‘ und verfassungsändernden Geset-zen geraten?) Nehmen die Sicherstellungsge-setze, die der Exekutive viel zu weitgehende Machtbefugnisse zusprechen, die Verfassungs-änderung in Teilen bereits vorweg, so werden vor allem Schutzbaugesetz und Selbstschutz-gesetz den Alltag der allzu sorglosen Bun-desbürger auf die rechte Verteidigungshaltung einstimmen — auf daß dann die Änderung des Grundgesetzes um so widerstandsloser vor sich gehe, nur noch als die zwangsläufige Be-stätigung längst akzeptierter Verfahrensweisen erscheine.

Nichts hat beängstigender als die waffen-klirrende Rede des *Verteidigungsministers* vor dem Bundestag am 16. Juni gezeigt, wie ge-fährlich schon die ‚einfachen‘ Notstandsge-setze sind, zu deren Verwirklichung sich ja gerade die zahlreichen kleinen von Hassels im Lande drängen werden. Das klang wie die Durchhaltereden aus den Radios der Luft-schutzkeller von Anno dazumal: ‚Der Erfolg eines Abwehrkampfes hängt davon ab, daß alle Kräfte und Mittel für die Verteidigung und die Erhaltung der Substanz eingesetzt werden. Ohne Notstandsgesetzgebung ist die Ausschöpfung des nationalen Potentials nicht gesichert. Der Schutz unserer Frauen und Kin-der, ja das Überleben der Nation, rechtfertigen den vollen Einsatz unserer menschlichen Kräfte und materiellen Güter.“

Keine Stimme erhob sich im Bundestag, um diese aggressive Bollwerkdemagogie mit aller Schärfe zurechtzuweisen. Wo der Verteidigungsminister selber die je und je prekären Erfordernisse der Abschreckung unwidersprochen im Sinne totaler Volksverteidigung propagieren kann, müssen auch die harmlosesten Notstandsgesetze zu Werkzeugen der moralischen Kriegsvorbereitung werden. Der Geist, aus dem diese Notstandsverfassung nun Stück für Stück entlassen wird, enthüllte sich vollends, als der gute Bürgervater *Ludwig Erhard* auf einmal sein anderes Gesicht hervorkehrte. Der Bundeskanzler bei der zweiten Lesung im Bundestag: ‚Ich sehe mit Bedauern und Sorge, daß demokratische Kräfte unseres Staates, gewiß ohne ihren Willen, äußerlich in einer Phalanx mit den Propagandisten in Pankow und Moskau zu stehen scheinen und damit den mehr oder weniger gut getarnten Stimmungsmachern in der Bundesrepublik indirekt Vorschub leisten können . . . Wir müssen immer damit rechnen, daß die Kommunisten entsprechend ihrer Taktik versuchen werden, zu einem ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt massive innere Unruhen anzuzetteln. Manche Leute meinen, der Kommunismus sei harmloser geworden und verliere seinen revolutionären Charakter. Das wäre ein gefährlicher Irrtum.‘

Das war nicht die Stimme von *Strauß*, auch nicht die Stimme von *Adenauer*. Es sind die friedliebenden Bürger vom Typ *Erhard*, die einen von den ‚einfachen‘ Notstandsgesetzen so Übles fürchten lassen. Mit dem Wort Gefahr — eine Gefahr, die sie sich gar nicht vorstellen können — reden sie sich in einen Mut hinein, der am Ende terroristisch wird. Stammen die Kommunismus-Denunziationen *Adenauers* noch aus kalter Berechnung, so kommen sie bei seinem Nachfolger im Grunde aus der ängstlichen und unwissenden Seele des deutschen Spießers, den es beim bloßen Gedanken an ‚innere Unruhen‘ schaudert und der sich dann in Notstandsmilitanz abreagiert.

Wir sind noch einmal davongekommen — aber nur unter Verlusten und nur für kurze Zeit. Den Sozialdemokraten, die auf die Argumente einer wachen Minderheit und auf die Besorgnisse der Gewerkschaften gehört haben, ist jedenfalls zu danken. Ihre Sprecher haben darauf hingewiesen, daß die Öffentlichkeit zu meist gar keine Ahnung davon habe, welche entscheidende Gesetze über ihre Köpfe hinweg beraten werden. Das schließt die Verpflichtung in sich, bei der erneuten Vorlage dieser Gesetze nun aber auch alles zu tun, damit die mündigen Wähler sich ein Bild davon machen können. Es werden nicht unwichtige Wählergruppen sein, die der SPD im Vertrauen darauf ihre Stimmen geben werden. Es wäre fatal, wenn die SPD sie enttäuschte.“

Zu diesem Kommentar sei nur berichtet, daß sich doch *eine* Stimme im Bundestag gegen die „aggressive Bollwerkdemagogie“ erhob:

die des FDP-Abgeordneten *Kohut*. Um so bedrückender wirkte das Schweigen all der anderen, die nicht geltend machen können, sie wüßten nicht, was sie tun . . .

Hinweise

Eine übersichtliche Darstellung der voraussichtlichen Kosten der bisher angenommenen Notstandsgesetze veröffentlichte die *Stimme*, Halbmonatszeitschrift der Bekennenden Kirche, in Heft 14 vom 15. Juli 1965 (Stimme-Verlag, Frankfurt am Main, Finkenhofstr. 4).

Die *Zeitschrift für Evangelische Ethik* (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn) bringt in ihrem Heft 4 des 9. Jahrgangs (Juli 1965) zwei lesenswerte Abhandlungen: „Stellung und Aufgabe der Familie in der modernen Gesellschaft“ von Prof. Ludwig Preller und „Probleme der Studentenehe — Fakten und Prognosen“ von Dr. Hermann Ringeling.

„Die Aufgabe einer Verbraucherbewegung in unserer Zeit“ ist der Titel eines beachtenswerten Vortrages, den Prof. *Oswald von Nell-Breuning* auf dem 41. Ordentlichen Kongressgenossenschaftstag gehalten hat. Der vollständige Text ist in Nr. 25/26 1965 der Zeitschrift *Der Verbraucher* (Hamburg 1, Besenbinderhof 43) erschienen und wird auch als Sonderdruck abgegeben.

Aus dem Juliheft 1965 der *Frankfurter Hefte* seien zwei besonders lesenswerte Aufsätze hervorgehoben: „Der Fehlschlag des Chruschtschowismus“ von *Isaac Deutscher*, der mit dem Satz schließt: „Der Beginn, der unzweideutige Beginn einer wahrhaft neuen Phase der russischen — und nicht nur der russischen — Revolution ist längst überfällig“ — und „Polens Schriftsteller und die Partei“ von *Ludwig Zimmerer*.

Die Vierteljahresschrift *Das Argument* (Untertitel: Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft) erscheint bereits im 7. Jahrgang und hat sich in dieser Zeit, ungeachtet ihres sehr anspruchsvollen wissenschaftlichen Niveaus, einen überraschend großen Abonnenten- und Leserkreis gewonnen (Berlin 30/2, Postfach 67). Jedes Heft dieser Zeitschrift, zu deren Herausgeberkreis die Professoren Flechtheim, Goldschmidt, Helmut Gollwitzer, Michael Landmann, Schrey, Sühnel, Taubes und Weischedel sowie Günther Anders, Dr. Wilfried Gottschalch, Propst Heinrich Grüber, Gerhard Schoenberner u. a. gehören, ist einem geschlossenen Themenkreis gewidmet, der in analytischen Abhandlungen, die oft das Ergebnis einer Teamarbeit sind, und in einer gründlichen Literaturübersicht behandelt wird. Das neueste Heft 33 greift schon zum drittenmal das Thema „Faschismustheorien“ auf; die zentralen Aufsätze heißen „Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus“ und „Die Faschismustheorie der DDR“. W. F.